

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr. 11 1987 Sozialistische Linkspartei / SLP **Preis 5.- / Solidaritätspreis 10.-**

Osterreichische Sektion des IWW in AT
Kaisersgraben 14/111 A-1010 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at

SPÖ - WAS NUN?

Der Wiener Landesparteitag der SPÖ am 27. Juni 1987 hat gezeigt: der SP-Führung wird nicht mehr bedingungs- und kritiklos gehorcht. Mit 268:217 Stimmen setzte sich eine relativ satte Mehrheit gegen die Parteispitze durch und votierte für einen sofortigen Rücktritt Waldheims. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Parteiführung ihre Unterstützung in der mittleren Funktionärsschicht verloren hätte. Leopold Gratz wurde mit immerhin 90,4 % der Stimmen wiedergewählt. Trotzdem hat diese Abstimmung gezeigt, daß man in der SPÖ nicht mehr bereit ist, die Politik Vranitzkys restlos gut zu heißen. Es ist nicht zu erwarten, daß beim Bundesparteitag im Herbst ein ähnlicher Antrag durchgehen wird.

Die Situation für Vranitzky und Co wird dennoch immer schwieriger, da die Regierungspolitik der SPÖ in den eigenen Reihen immer mehr Kritik erntet. Deshalb wird auch versucht, Regierung und Parteiführung zu trennen. Fred Sinowatz wird erneut als Parteivorsitzender kandidieren, Vranitzky wird möglichst von Parteiverantwortung ferngehalten, er soll "über den Dingen stehen."

Der Versuch, Partei- und Regierungspolitik zu trennen, wird jedoch mehr und mehr von der Basis durchschaut und wird daher fehlschlagen. Die kritischen Stimmen in der Partei werden immer stärker und die SPÖ verliert zusehend Mitglieder. Nur mit einer konsequenten sozialistischen Politik wird

der Unmut innerhalb der Partei aufzuhalten und die SPÖ wieder fähig sein, die absolute Mehrheit zu erlangen.

Kämpft mit uns in der SPÖ und im ÖGB für ein sozialistisches Programm!

SPENDET FÜR VORWÄRTS

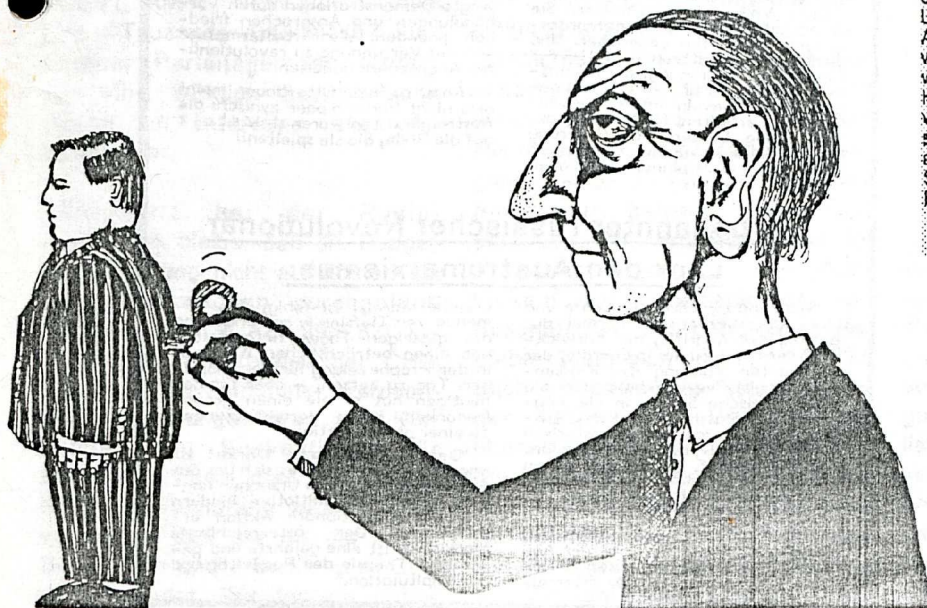
Da unsere finanziellen Mittel begrenzt sind und die Herstellung einer Zeitung teuer ist, können wir es uns nicht leisten, regelmäßig zu erscheinen.

Um wenigstens beim Tippen der Artikel flexibler zu sein, brauchen wir ein Textverarbeitungsgerät. Da wir aufgrund unserer kritischen Haltung keinerlei Unterstützung von SPÖ und SJ erwarten können, sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen. Spenden überweist bitte auf das Konto:

PSK 1.670.350

INHALT

SPÖ	1
Schattendorf	2
Verstaatlichte	3
Großbritannien	4
.....	5
Flying Pickets	6
Wofür wir kämpfen	7
IUSY	8



60 JAHRE SCHATTENDORF - DAS VERSAGEN DER SOZIALDEMOKRATIE

Der 15. Juli 1927 kann als markantes Ereignis bei der Entwicklung hin zum austrofaschistischen Ständestaat bezeichnet werden.

Unterstützt von der Christlichsozialen Partei hatte sich mit der Zeit eine paramilitärische Organisation, bestehend aus den faschistischen Heimwehren, aufgebaut. Da diese Kampfverbände eine ständig wachsende Bedrohung für die Arbeiterschaft darstellten und immer mehr an Stärke gewannen, erhielt auch der republikanische Schutzbund, die bewaffnete Organisation der sozialdemokratischen Partei immer größeren Zulauf. Die Provokationen durch die Heimwehr wurden trotz allem immer stärker.

Bei einem Arbeiteraufmarsch im burgenländischen Schattendorf waren 2 Sozialdemokraten von einem Hausfenster aus erschossen worden. Obwohl alle Indizien dafür sprachen, daß die Tat schon lange vorher geplant war, behaupteten die Angeklagten, die Gebrüder Tscharmann und Johann Pinter, in Notwehr gehandelt zu haben. Aufgrund dieser Aussage ("das rote Pack hat ja zuerst geschossen") wurden die Angeklagten am 14. Juli freigesprochen. Empört über diese Klassenjustiz, die offensichtlich drei Mörder freigesprochen hatte, war der Zorn in der Arbeiterschaft nicht mehr zu bremsen. Noch am selben Abend versammelten sich einige hundert Arbeiter vor dem Justizpalast. Bei dieser Kundgebung hätte die Führung der österreichischen Sozialdemokratie die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft erkennen und zum Generalstreik aufrufen müssen. Aber anstatt die Arbeiter zu organisieren, antworteten die Austromarxisten mit Wortradikalität und

Verrat: Der Führer des Schutzbundes, Julius Deutsch, versicherte dem wiener Polizeipräsidenten Schober, daß keine Aktionen seitens der Sozialdemokratie geplant seien. Auf den Vorschlag des Parteivorstandes der Sozialdemokratie wurde in der Arbeiterzeitung ein Leitartikel veröffentlicht, der die Justiz scharf verurteilte. Ziel dieses Artikels war es jedoch, die aufgebrauchten Arbeiter zu besänftigen und damit weitere Straßenkämpfe zu verhindern. Dennoch faßten am Abend des 14. Juli die Arbeiter der E-Werke einen Streikbeschuß, der noch in derselben Nacht den wichtigsten Führern der Sozialdemokratie übermittelt wurde. Doch diese unternahm wieder nichts - Otto Bauer ließ

sich sogar verleugnen. Am 15. Juli, 8 Uhr früh, beging dann die Sozialdemokratie wiederum offenen Verrat an der Arbeiterschaft: Sie informierte Polizeipräsident Schober von geplanten Aktionen der Arbeiter. Die Faschisten bereiteten sich gründlich vor - die Innenstadt wurde zum Polizeilager. Am Morgen gingen die Arbeiter auf die Straße. Vor der Wiener Universität und dem Parlament kam es zu Zusammenstößen mit der Exekutive, die sehr brutal vorging. Auch einige Führer der Sozialdemokratie, wie z.B. Glöckel, waren gekommen, allerdings versuchten sie nur, die Demonstranten zum Aufgeben zu bewegen. Da der Demonstrationen zug nicht aufzuhalten war, eröffnete die Polizei das Feuer. Die aufge-

Der Austromarxist Otto Bauer über den Austromarxismus:

"Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geist der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand föhlich schweifen, gefährdenden Konflikten gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der neuen Macht vor kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletenmassen. Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen

durch Straßenaufuhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten vertrieben worden. Nur Sozialdemokraten könnten diese Aufgabe bewältigen. Nur losser Schwierigkeit bewältigen. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verwagte Verhandlungen und Ansprachen friedlich beendern, die Arbeitsmassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuer abhalten."

(Anm. d. Red.: Otto Bauer meint dies nicht ironisch oder zynisch; die Austromarxisten waren stets stolz auf die Rolle, die sie spielten!)

Ein bekannter russischer Revolutionär über den Austromarxismus:

"Während die wirkliche Lehre von Marx die theoretische Formel der Aktion, des Angriffs, der Entwicklung der revolutionären Energie der vollendeten Führung der Klassen schlagendes ist, verwandelte sich die österreichische Schule in die Akademie der Passivität und des Ausweichens, wurde vulgär-historisch und konservativ, d.h. reduzierte ihre Aufgabe darauf, die Erscheinungen zu erklären und sie zu rechtfertigen, statt sie auf die Aktion und auf die Niederwerfung zu richten."

"Was den österreichischen Marxismus auszeichnet, ist der Abscheu vor der revolutionären Aktion und die Angst vor ihr. Der öster-

reichische Marxist ist fähig, eine Unmenge von Tiefsinn in der Erklärung des gestrigen Tages zu entfalten und einen beträchtlichen Wagemut in der Prophezeiung für den morgigen Tag zu zeigen - aber für den heutigen hat er nie einen großen Gedanken, keine Voraussetzungen zu einer großen Aktion."

"Der österreichische Marxist ist unerschöpfbar, wenn es sich um das Ausfindigmachen von Ursachen handelt, welche die Initiative hindern und die revolutionäre Aktion erschweren. Der österreichische Marxismus ist eine gelehrte und gespreizte Theorie der Passivität und der Kapitulation."

brachten Arbeiter setzten daraufhin ein Wachzimmer in Brand, aus dem sie vorher einige Genossen befreit hatten. Beim Justizpalast erreichte der Kampf zwischen Demonstrationsteilnehmern und Exekutive seinen Höhepunkt. Die Arbeiter drangen in das Gebäude ein und setzten dieses Symbol der Klassenjustiz in Brand. Nach circa 2 Stunden kam dann der Befehl an die Polizei, gezielt in die grösstenteils unbewaffnete Menge zu schießen. Die Anordnung wurde sofort ausgeführt, es dauerte dennoch 3 Stunden bis der Kampf beendet war.

Das traurige Ergebnis: 90 Tote und 500 Verletzte.

Der österreichische Faschismus hatte am 15. Juli 1927 erstmals seine volle Härte gezeigt, die Spitzen der Sozialdemokratie hatten versagt und die Arbeiter vorateten. Mit einer konsequenten marxistischen Führung, die den Kampf koordiniert, die bewaffneten Schutzbundtruppen richtig eingesetzt und den Generalstreik ausgerufen hätte, wären die Arbeiter siegreich gewesen. Doch selbst nach diesem Ereignis behielt die

Führung der Arbeiterorganisationen ihren alten Kurs des Zurückweichens bei, bis es am 12. Februar 1934 endgültig zu spät war. Die Faschisten konnten eine Schreckensherrschaft für elf Jahre etablieren. Es war dann für die Nazis nicht weiter schwierig, ein von Arbeiterorganisationen "gesäubertes" und bereits vom Faschismus beherrschtes Österreich zu übernehmen. Auch viele Führungspersonlichkeiten der Sozialdemokratie mußten ihre Kompromißbereitschaft später mit dem Leben bezahlen.

KEIN AUSVERKAUF DER VERSTAATLICHTEN INDUSTRIE!

"Verstaatlichtenpaket ist nicht ein Ausverkauf sozialistischer Werte." (Bundeskanzler Vranitzky am Landesparteitag der SPÖ - Wien '87) Warum demonstrieren die Beschäftigten der Verstaatlichten Industrie gegen die Politik der Regierung?

VOEST, AMAS, VEW und Chemia Linz - Tausende Arbeitslose? Statt schöner Parteitage reden fordern wir eine wirklich sozialistische Politik im Interesse aller Arbeitnehmer.

"Grundsatz bei der Regierungspolitik bleibe, daß die Budgetkonsolidierung nicht auf Kosten der sozial Schwachen durchgeführt werden kann." (AZ, 29.6.87) Erhöhung der Fahrpreise der ÖBB, Erhöhung der Rundfunk-, Fernseh- und Telefongebühren und Kürzungen von Subventionen für Kulturaktivitäten - man kann dieser SPÖ/ÖVP-Regierung wirklich nicht vorwerfen, daß sie für die sozial Schwachen und Arbeitnehmer Geld verschwendet. Wir fordern daher

die SPÖ-Mitglieder auf, von der Regierung sozialistische Reformen zu erzwingen. Die geplante Privatisierung großer Teile der Verstaatlichten Unternehmen ist nur ein weiterer Angriff der Konservativen auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten. Warum drängen ÖVP, FPÖ und Industriellenvereinigung auf den Verkauf der Verstaatlichten? Private Unternehmer erwarten sich hohe Gewinne und einen Schlag gegen die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Die SPÖ - Führung setzt dem nicht nur keinen Widerstand entgegen, sondern Bundeskanzler Vranitzky unterstützt den Ausverkauf der Verstaatlichten. Die Beschäftigten der betroffenen Betriebe fühlen sich von der SPÖ im Stich gelassen. Die "roten" Manager führen die Verstaatlichte ebenso wie einen Privatbetrieb. Die Folge davon sind Kündigungen, Frühpensionierungen und Kürzungen der Sozialleistungen. Deshalb müssen wir nicht nur für die Erhaltung der Verstaatlichten kämpfen, son-

dern auch für eine sozialistische Politik:

- * Keine Kündigungen in der Verstaatlichten Industrie!
- * Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn.
- * Weitergehende Verstaatlichung aller großen Industrien und Banken Österreich!
- * Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates zu gleichen Teilen übernehmen!

Wenn die Koalition mit der konservativen ÖVP bedeutet, daß die SPÖ Sozialabbau und Kündigungen gegen ihre Mitglieder durchsetzt, so kann es nur eine Alternative geben. Die SPÖ muß ein sozialistisches Programm konsequent vertreten und die Arbeitnehmer gegen die Sparpolitik mobilisieren. Deshalb: **Raus aus der Koalition - für eine sozialistische Politik!**

GROSSBRITANNIEN SOZIALISTISCHE POLITIK STATT HEXENJAGD!!!

Am 11. Juni wurde die Hoffnung von Millionen Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Jugendlichen auf ein Ende der Entbehrungen der letzten 8 Jahre zerschlagen. Großbritanniens meistgehaßte Frau, Maggie Thatcher, ist für eine 3. Amtsperiode wiedergewählt. Dies ist ein katastrophales Ergebnis für die Mehrheit der britischen Bevölkerung.

daß dieses Ergebnis für die Mehrheit der Bevölkerung nichts Gutes verheißt. Ein regelrechter Industrieabbau ist im Rahmen der Thatcher'schen Roßkur für die Wirtschaft betrieben worden, der 2 Millionen Arbeitsplätze allein in der verarbeitenden Industrie gekostet hat. Die Arbeitslosigkeit generell ist von 1,3 Millionen (1979) auf über 4 Millionen heute gestiegen, die Dunkelziffer der Nichtgemeldeten mit einbezogen. 18 Mio. Menschen leben um den Sozial-

der Unternehmer verdient gemacht. Beispiel: Bergarbeiterstreik '84 und Druckerstreik '86. Außerdem verabschiedete die Regierung eine Reihe von Anti-Gewerkschafts-Gesetzen, die die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächen sollten.

Ursachen

Wie war es nun möglich, daß die Tories nach einer solchen Bilanz ein drittes Mal gewinnen konnten? Ein Grund war sicher der Wirtschafts-

einzigsten Sitz mehr. Labour hat also von der Klassenpolarisierung profitiert, aber keine klare sozialistische Alternative angeboten.

Die rechte Politik der letzten Labour-Regierung 1974-79, die die Wende zum Thatcherismus brachte, ist noch in schlechter Erinnerung. Wähler sind keine Schafe. Sie wollen konkrete Ergebnisse in der Tagespolitik sehen und sind offensichtlich nicht mehr bereit, ihrer Partei blindes Vertrauen zu schenken.

Persönlichkeitswahlkampf

Der Wahlkampf der Labour-Partei unter Kinnocks Führung war alles andere als begeisternd, war also nicht darauf angelegt, mit politischen Inhalten zögernde Wähler zurückzugewinnen. Er war eher ein Medienereignis mit Hochglanzbroschüren, Fernsehsendungen über das Familienleben Kinnocks, ganz auf die Person Kinnock abgestellt. Aber nett sein reicht eben nicht, um Thatcher zu besiegen. Sie hat ein politisches Konzept, nämlich die Interessen ihrer Klasse zu vertreten.

Labour hat auch ein Konzept: Die Parteitagbeschlüsse der letzten Jahre, die die Parteipolitik ziemlich nach links gedrückt haben. Sie wurden aber im Wahlkampfprogramm nicht erwähnt. Das Programm beschränkte sich vielmehr auf zweitrangige Fragen, ohne eine Lösung der wichtigsten Fragen wie Arbeitslosigkeit, Gesundheits- und Bildungswesen anzubieten. Es gibt zwar ein Programm gegen die Arbeitslosigkeit: Lächerliche 6 Mrd. Pfund, um 1 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen, 4 Mio. Menschen sind aber arbeitslos! Was die Frage der Finanzierung dieser Reformansätze betrifft, so sollen sie aus der Tasche der Arbeitenden durch Erhöhung der Steuern bezahlt werden!

Rechtes Wahlprogramm

Es war das rechteste Wahlprogramm seit langem. Und es hat seine Wirkung gezeigt. Darauf und

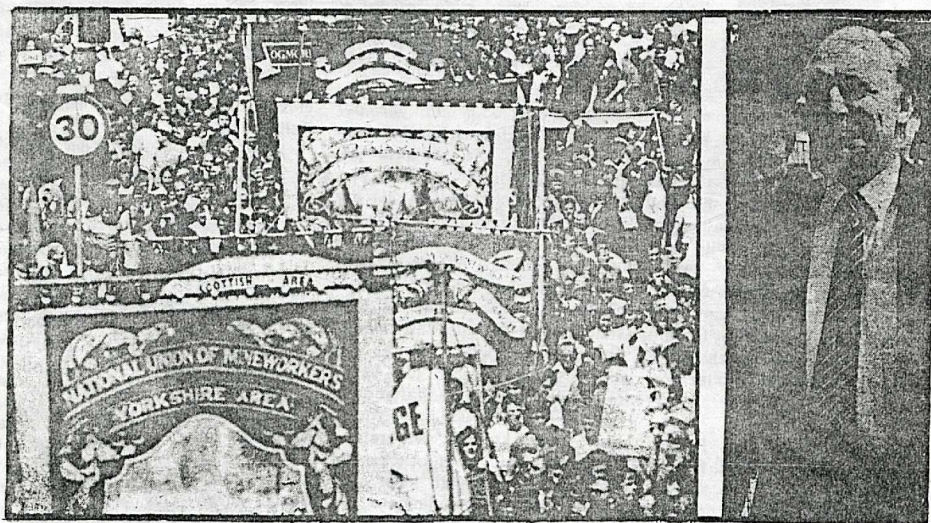
auf die personalisierte Wahlkampf-führung Kinnocks muß die Hauptschuld an der Wahlniederlage gelegt werden. Dazu kam die Tatsache, daß Kinnock und die Parteirechte offensichtlich mehr Wert darauf gelegt haben, die Linke und vor allem die Marxisten um die Zeitung "Militant" innerhalb der eigenen Partei zu bekämpfen, als die Wähler in Partei und Gewerkschaften gegen die Thatcher-Regierung zu mobilisieren - nach dem Motto: "Sozialismus verschreckt die Wähler". Daß das genaue Gegenteil zutrifft, zeigen die Wahlergebnisse der Labour-Partei in Wahlkreisen, wo marxistische Kandidaten aufgestellt waren. In Liverpool Broadgreen erzielte die Partei mit 48% ihr bestes Ergebnis im ganzen Land mit einem Stimmenzuwachs von 7,1% seit 1983. In zwei anderen Wahlkreisen, Covery SE und Bradford wurden marxistische Kandidaten mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen (wieder-) gewählt. Sozialistische Politik in der Praxis wie in Liverpool hat mehr Überzeugungskraft als Tausend Hochglanzbroschüren oder medienwirksame Fernsehauftritte.

Labour erneuern

Jetzt muß die Labour-Führung mit den Fehlern der Vergangenheit,

ehrich abrechnen und daraus die Konsequenzen ziehen, d.h. sich das Programm der Marxisten zu eigen machen und die wichtigsten Probleme wie Arbeitslosigkeit, Sozialabbau etc. endlich anpacken. Ein kompromißloses Programm im Sinne der Betroffenen kann aber nur durch die volle Mobilisierung der Arbeiterorganisationen gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden. Dazu bedarf es der gründlichen Erneuerung der Partei und Gewerkschaften. In einigen Gewerkschaften hat dieser Prozeß schon begonnen. Aufgrund ihrer kämpferischen Haltung hat die Gewerkschaftslinken in der CPS (Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten) kürzlich die Vorstandsmehrheit erobert und ist der Militant-Anhänger John Macreadie ins Amt des Generalsekretärs wiedergewählt worden. Aber bevor der Erneuerungsprozeß in allen Gewerkschaften und in der Partei vollzogen ist, wird es angesichts einer verschärften kapitalistischen Krise harte Kämpfe, einige Siege aber auch herbe Niederlagen geben. Die Arbeiter-werden kämpfen und das Siegestächeln auf Margret Thatchers Gesicht wird sehr schnell vergehen.

(Übernommen aus "VORAN")



Die Labour-Partei als traditionelle Partei der Arbeiter konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 1983 um ca. 4% erhöhen, aber es hat nicht ausgereicht, um die Tories zu Fall zu bringen.

Ein Blick auf die Bilanz der Tory-Regierung seit Amtsantritt 1979 genügt, um klarzumachen,

hilfesatz, davon 4 Mio. Kinder. Im staatlichen Gesundheitswesen sind 50.000 Arbeitsplätze seit 1983 vernichtet worden. Im Bildungsbereich wurden 36.000 Lehrerstellen in Haupt-, Real- und Gesamtschulen seit 1981 gestrichen. In den letzten 4 Jahren haben sich die Tories als Streikbrecher

aufschwung, den Thatcher als Verdienst ihrer Wirtschaftspolitik hingestellt hat. Dies hat sich besonders im Süden des Landes ausgewirkt. Im Norden Englands und in Schottland, wo der Kahlschlag viele in die absolute Armut getrieben hat, sind die Tories ausgerottet - sie haben dort keinen



INTERVIEW

the flying pickets

Im Zuge des Wiener Stadtfestes am 2. Mai 1987 hatten wir Gelegenheit, zwei Mitglieder der Liverpooler Band FLYING PICKETS zu interviewen.

VORWÄRTS: Was denkst du über die Marxisten in der Labour Party?

DAVID: Ich glaube, daß die Labour Party derzeit sehr gespalten ist. Sie muß versuchen, wieder zusammenzugehen, einig zu sein. Ich stimme nicht vollends mit Militant überein. Ich glaube, sie sind ein bißchen auf der Suche nach sich selbst.

VORWÄRTS: In Liverpool sind die Militants hinausgeworfen worden. Wie stehst du dazu?

DAVID: Ich finde das nicht gut, die Labour Party sollte besser versuchen, sich zu einigen. Ich bin aber auch nicht mit der derzeitigen politischen Hauptlinie der Labour Party einverstanden.

Es ist schade, aber wenn sich nicht schnell etwas ändert, wird die Labour Party die Wahl nicht gewinnen. Die Zeit ist wahrscheinlich schon zu knapp, um noch rechtzeitig zusammenzufinden.

VORWÄRTS: Du stehst also politisch zwischen Militant und der derzeitigen politischen Linie der Labour Party.

DAVID: Ja, das kann man sagen. Eigentlich bin ich ein Grüner. Aber die Grünen in GB sind zu klein, um eine politische Rolle zu spielen.

VORWÄRTS: Also stehst du der Labour Party am nächsten?

DAVID: Ja. Es gibt aber bei uns in der Band verschiedene politische Meinungen. Soviel ich weiß, ist keiner von uns Mitglied der Labour Party.

VORWÄRTS: Zum Abschluß noch eine Frage: Ihr habt während des Konzerts den britischen Bergarbeiterstreik erwähnt. Welche Rolle habt ihr da gespielt?

DAVID: Wir haben ein paar Solidaritätskonzerte gegeben, 3 oder 4, glaube ich.

VORWÄRTS: Also seid ihr alle hinter den Bergarbeitern gestanden.

DAVID: Ja, die ganze Band.

VORWÄRTS: Was denkst du über Militant, den marxistischen Flügel in der Labour Party?

KEN: Ich kenne MILITANT. Ich komme aus Liverpool, wo sie hinausgeworfen wurden (Auflösung des Stadtrates, Anm. d. Red.)

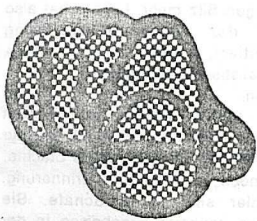
VORWÄRTS: Findest du das in Ordnung?

KEN: Nein, ich bin ein Roter und dagegen, daß Marxisten hinausgeworfen werden. Ich komme aus der Arbeiterklasse und kenne die Verhältnisse in Liverpool, daher habe ich Sympathien für Militant. Ich gebe nicht gerne Interviews, zum Abschluß möchte ich aber noch eines sagen: "Werft Waldheim in die Donau!"



Impressum

Eigentümer, Medieninhaber und für den Inhalt verantwortlich: Andrea Koch
Weldeng. 26/1/7 1100 Wien



WOFÜR WIR KÄMPFEN

SPÖ

* Wir wollen eine absolute Mehrheit der SPÖ auf Grundlage eines sozialistischen Programms.

* Ihre Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein, kein Parteifunktionär darf mehr verdienen als ein durchschnittlicher Facharbeiter, sie sollen wissen, wen sie vertreten!

* Die SPÖ muß wieder zu der ebenso eindeutigen Interessensvertretung der arbeitenden Bevölkerung werden, wie ÖVP und FPÖ es für die Kapitalisten sind!

Bildung

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und jederzeitige Möglichkeit für Arbeiter, sich bei voller Lohnfortzahlung kostenlos weiterzubilden.

* Schluß mit Leistungsdruck und Auslese, für eine vollständige Überarbeitung und Kontrolle der Lerninhalte durch Schüler, Lehrer, Eltern und Gewerkschaften!

* Für die Einführung des 10. Pflichtschuljahres und des 2. Berufsschultages!

* Für eine angemessene Ausbildungsförderung von 8.000,- netto für alle Schüler und Studenten nach den Pflichtschuljahren, um jedem die Ausbildung zu ermöglichen, die er/sie haben will!

* Für die Abschaffung des dualen Bildungssystems, keine Trennung zwischen berufs- und allgemeinbildenden Schulen!

Wohnen

* Wir fordern einen Mindestlohn von 10.000 Schilling netto für alle Arbeitnehmer, um ein menschenwürdiges Wohnen zu garantieren.

* Die Mieten dürfen nie mehr als 20% des Nettoeinkommens ausmachen.

* Wir wollen die Überführung von Bebauungsgebieten und allen leerstehenden Wohnungen in Gemeineigentum.

* Wir fordern die Verstaatlichung der großen Baugesellschaften zur Durchführung eines massiven staatlichen Wohnbauprogramms unter demokratischer Arbeiterverwaltung und -kontrolle.

Jugendarbeitslosigkeit

* Wir fordern einen garantierten Ausbildungsplatz für alle. Wir wollen keine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben!

VORWÄRTS

* Ausbildung muß aus der Unternehmehand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Gewerkschaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.

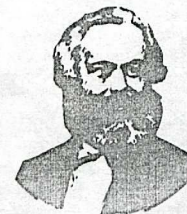
* Lehrlinge dürfen keine billigen Arbeitskräfte sein, daher wollen wir einen Mindestlohn von 8.000,- netto während der Lehrzeit.

Arbeitszeitverkürzung und neue Technologien

* Wir fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollen Lohnausgleich und die weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technologischen Fortschritt.

* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals!

* Für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern in einer demokratischen Planwirtschaft mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken.



Verstaatlichte

* Schluß mit den Entlassungen in der verstaatlichten Industrie!

* Wir fordern die weitgehende Verstaatlichung aller großen Industrien und Banken Österreichs.

* Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates zu gleichen Teilen übernehmen!

Für eine geplante Wirtschaft

* Wir werden die echte Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie in einer geplanten Wirtschaft durchsetzen.

* Planen wir die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!

* Demokratische Arbeiterplanung, -kontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse und Cliquenbildung wie in den Ostblockstaaten zu verhindern.

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigene Krise nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwin-





ARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

r. 11 1987

Preis 5.- / Solidaritätspreis 10.-

FÜR EINE MARXISTISCHE IUSY!

Das Ende des großen Wirtschaftsaufschwungs nach dem 2. Weltkrieg verursachte am Beginn der 80er Jahre Massenabeitslosigkeit, Reallohnverluste und einen massiven Abbau von sozialen Errungenschaften. Diese bisher schlimmste kapitalistische Krise (seit 1930) trifft vor allem die lernende und arbeitende Jugend Europas. Die Arbeitslosenzahlen zeigen dies ganz deutlich (in ganz Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit höher als die der Gesamtbevölkerung). Doch in Spanien, Frankreich, Belgien und auch in der BRD haben Schüler, Lehrlinge und Studenten gegen die von den Regierungen geplanten Kürzungen im Bildungsbereich protestiert. Es wäre die Aufgabe der Mitgliederorganisationen der IUSY (Sozialistische Jugendorganisationen) gewesen, diese Bewegung zu

unterstützen. Die britische LPYS und die spanischen Marxisten (Unterstützer der Zeitung "Nuevo Claridad") haben uns gezeigt, wie sozialistische Jugendarbeit funktionieren sollte. Die LPYS steht an der Spitze der Protestbewegung der britischen Jugend gegen die konservative Regierung Thatcher. Die spanischen Marxisten waren die treibende Kraft bei der Gründung der spanischen Schülergewerkschaft und in den Streiks gegen die Sparpolitik der Regierung des Premiers Gonzales.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gründeten die IUSY (1907) mit dem Ziel, die Jugend international gegen den Kapitalismus zu organisieren. Internationale Solidarität ist heute wie damals notwendig im Kampf um soziale Gerechtigkeit.



Daher fordern wir:

- * Eine marxistische IUSY, die an der Spitze der internationalen Protestbewegung gegen die konservativen Regierungen steht
- * Auch wenn sozialistische Parteien an der Regierung sind - keine Unterstützung der Sparpolitik!